

## **Stellungnahme der Europa-Union Deutschland zum Leitlinienprozess der Kultusministerkonferenz „Europabildung in der Schule“**

### 1. Zum Verfahren

Die Leitlinien zur Europabildung in den Schulen werden seit 1978 in langen Abständen überarbeitet. Seit der letzten Überarbeitung sind beispielsweise 12 Jahre vergangen. Nicht nur in Deutschland gibt es eine sehr große Zahl von staatlichen wie nichtstaatlichen Akteuren, die in der Europabildung tätig sind – die Europa Union Deutschland ist einer dieser Akteure. Dementsprechend sollte der Prozess zur Überarbeitung umfassend angelegt sein und die Voraussetzungen für breiteres fachliches Feedback schaffen, so z.B. einen angemessenen zeitlichen Vorlauf, der eine qualifizierte Auseinandersetzung mit einem umfangreichen Papier erlaubt. Aus unserer Sicht hätte dieser Prozess ggf. umgekehrt und transparent stattfinden können: Beginnend mit einer umfassenden Erhebung zu den Erfahrungen mit der Europabildung in den Schulen der vergangenen Jahrzehnte, um anschließend Leitlinien, eine Perspektive für die Zukunft, voraussichtlich für mindestens ein Jahrzehnt, zu formulieren. So hätte ein organisierter Diskurs unter Beteiligung aller interessierten Akteure der Europabildung in den Schulen stattfinden können.

Wir halten das Papier in der vorliegenden Form nur für sehr begrenzt geeignet die europapolitische Bildung an den Schulen über den aus unserer Sicht unbefriedigenden Status Quo hinaus weiterzuentwickeln.

### 2. Krisenhafte Entwicklung der Europäischen Integration als Beispiel für Bildung zu Problemlösendem Denken

Ein wesentliches Bildungsziel ist die Fähigkeit zu problemlösendem Denken als wesentliche Voraussetzung zur Entwicklung von mündigen Bürgerinnen und Bürgern. Der Gegenstand dieser Bildung ist die Auseinandersetzung mit einer Welt, die – wie Europa – vor großen Problemen und Herausforderungen steht. Der bisherige Leitlinien-Entwurf geht mit keinem Wort auf die erheblichen Probleme der Europäischen Integration ein, denen sich die Europäische Union gegenüber sieht, wie beispielsweise die zunehmende Tendenz, auf nationalstaatliche statt europäische „Lösungen“ zurückzugreifen, beispielsweise in der Migrations- und Corona-Krise. Auch dass mit dem Brexit die Anzahl der EU-Mitglieder nicht steigt, sondern erstmals zurückgehen wird, findet keine Erwähnung.

Glaubwürdigkeit ist ein wesentliches Element, wenn europäische Bildung gerade bei jungen Menschen gelingen soll, welche aus Überzeugung ein europäisches Bewusstsein entwickeln und sich für Europa engagieren sollen. Die postulierte „Europakompetenz“ (Leitlinien Entwurf S.5) wird nicht gelingen, wenn es eine Diskrepanz zwischen einerseits einer ausschließlich „heilen Europawelt“ in der schulischen Bildung, und andererseits einer krisenhaften europäischen Entwicklung in der über die Medien vermittelten Realität gibt.

In den Leitlinien muss die Notwendigkeit benannt werden, dass die Thematisierung und kritische Auseinandersetzung mit krisenhaften Entwicklungen der Europäischen Integration ein wichtiger Teil der Europabildung in den Schulen ist.

### 3. Klimawandel als zentrale Herausforderung auch für die Zukunft Europas

Die Leitlinien als zentrale Orientierung für die Schulen im Bereich Europa beinhalten beim Thema Klimawandel bzw. Klimaschutz einen wichtigen immanenten Widerspruch, der benannt werden muss. Immerhin erscheint der Begriff „Klima“ im Entwurf einmal, der Begriff „Nachhaltigkeit“ (im Kontext von „Entwicklung“) viermal. Dagegen findet sich das Begriffspaar „Mobilitäten/Begegnungen“ zehnmal im Text. In der Praxis werden diese, u.a. als ein Kernstück des ERASMUS+ Programms, häufig über klimaschädigende Flugreisen realisiert. Nicht thematisiert wird, dass hier das Ziel „Mobilitäten/Begegnungen“ in einem Zielkonflikt mit dem Klimaschutz steht; obgleich solche Spannungsfelder Gegenstand der politischen Diskussion und mithin Anlass und Gegenstand der Politikdidaktik sein können und sollen. Eine zeitgemäße Europabildung darf sich nicht an hehren Leitlinien orientieren, sondern muss auch Widersprüche sichtbar und zum Gegenstand der politischen Bildung machen, um Schülerinnen und Schüler zu befähigen, zwischen verschiedenen politischen Gütern abzuwägen, zu priorisieren und ihre eigenen dann begründeten Präferenzen zu artikulieren.

In den Leitlinien sollten daher diese Widersprüche erwähnt werden und formuliert sein, dass sie Gegenstand eines zeitgemäßen Unterrichts sein müssen.

Nicht erwähnt wird außerdem, dass Mobilität einerseits zwar in der Tat eine zentrale Bedeutung für die Bildung eines europäischen oder gar kosmopolitischen Bewusstseins hat, dass aber auch im Jahr 2020 Schülerinnen und Schüler sehr unterschiedliche Möglichkeiten für Mobilitätserfahrungen haben. So gibt es auch in Deutschland eine erhebliche Gruppe von Schülerinnen und Schülern, die nicht sehr viel mehr Mobilitätserfahrungen machen als dies schon ihre Großelterngeneration tat. Dieser Umstand wird in dem Papier nicht adressiert und es werden keinerlei Ansätze zur Diskussion gestellt, wie der Zugang zu Mobilitätserfahrungen im Allgemeinen erleichtert werden kann.

Die Leitlinien zur Europabildung sollten das Ziel eines über alle Schulformen und Abschlussziele hinweg gleichermaßen erreichbaren Zugangs zu Mobilitätserfahrungen beinhalten.

### 4. Europabildung an europäischen statt nationalen Beispielen

In Lehrplänen der Politischen Bildung beginnend mit der Sekundarstufe I werden die für die politische Bildung grundlegenden Themen Demokratie und Herrschaft des Rechts in der Regel an nationalstaatlichen statt europäischen Beispielen gelehrt (Beispiel *„Leben in einem Rechtsstaat - Die Schülerinnen und Schüler lernen in diesem Themenfeld die Merkmale der demokratischen Rechtsordnung in der Bundesrepublik Deutschland kennen und setzen sich mit dem Spannungsverhältnis von Recht und Gerechtigkeit auseinander“* / *„Demokratie in Deutschland - Im Mittelpunkt dieses Themenfeldes steht das politische System der Bundesrepublik Deutschland“* – Lehrplan ab Klasse 7 Berlin/Brandenburg). Das Thema „Europa“ (ab Klasse 9) hingegen erscheint als interdisziplinärer Annex in vielen Bundesländern, nicht als Kernthema. Der immanente Widerspruch, dass sich bei jungen Menschen ein „europäisches Bewusstsein“ oder eine „europäische Identität“ schwerlich ausbilden kann, wenn stets die nationale Politik den Referenzrahmen bildet, wird nicht thematisiert.

Leitlinien zur Europabildung in Schulen sollten dem entgegensteuern, indem die Politische Bildung supranationale Ebenen – und hier insbesondere die Europäische Union – gleichrangig einbezieht und eine grundlegende Orientierung vor dem Hintergrund der zahlreichen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interdependenzen in einer globalisierten Welt ermöglicht.

5. Jenseits der allgemeinen Leitlinien hätten wir uns konkrete Aussagen zur Operationalisierung gewünscht. Sowohl inhaltlicher Art (beispielhaft siehe oben) als auch in quantitativer Hinsicht zum Beispiel mit einer Empfehlung zur Stundenzahl, die Europabildung im Allgemeinen und europapolitische Bildung im Speziellen, mindestens umfassen sollte.